

Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft

Bericht und Antrag über die 28. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 25. bis 27. August 2019 in Oslo, Norwegen

Vom 25. bis 27. August 2019 fand in Oslo die 28. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) statt. Die Stärkung der gemeinsamen Identität im Ostseeraum durch enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten sowie die Initiierung und Begleitung politischer Maßnahmen in der Ostseeregion stellen die grundlegenden Ziele der seit 1991 jährlich stattfindenden BSPC dar. Während zu Beginn besonders umweltpolitische Themen und die maritime Sicherheit im Zentrum der Konferenzen standen, sind heute neben umweltpolitischen auch wirtschafts-, energie- und sozialpolitische Themen von besonderem Interesse.

Die diesjährige Konferenz stand unter dem Leitthema „Saubere Ozeane und die Zukunft des Arbeitslebens – Herausforderungen und Visionen“. Stellvertretend für die Bremische Bürgerschaft folgten deren beide Vizepräsidentinnen Sülmez Dogan (Grüne) und Antje Grotheer (SPD) der Einladung des Storting, dem norwegischen Parlament. Insgesamt nahmen knapp 180 Delegierte nationaler und regionaler Parlamente sowie Beobachter*innen an der 28. BSPC teil.

Generell sind die regionalen und nationalen Parlamente für die Umsetzung der Resolution der BSPC und der damit verbundenen Wirksamkeit der Beschlüsse gefordert, was auch im Rahmen der 28. Konferenz eingefordert wurde.

Die Bremische Bürgerschaft hat dies zuletzt mit dem Bericht über die 27. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2018 in Marihamn (Åland-Inseln) erfüllt.

Die dem Bericht beigefügte Resolution wurde auf der 28. BSPC verabschiedet.

Die Präsidentin des Storting, Tone Wilhelmsen Trøen, thematisierte bereits in ihrer Auftaktrede, mit der die Konferenzteilnehmenden willkommen geheißen wurden,

die diesjährigen Konferenzschwerpunkte und einzelnen Sitzungsabschnitte:

- Zusammenarbeit in der Ostseeregion
- Zukunft des Arbeitslebens
- Schutz der Meere – Umsetzung der 2030 UN-Nachhaltigkeitsentwicklungsziele
- Migration und Integration

Der erste Sitzungsabschnitt, Zusammenarbeit in der Ostseeregion, beinhaltete unter anderem zwei Impulsvorträge zu den Themenbereichen Menschenrechte und die Bedrohung der Menschenrechtskonventionen durch populistische und nationalistische Parteien sowie zu friedvoller und enger Nachbarschaft und intensiver Kooperation basierend auf demokratischen Werten. Diesen Beiträgen folgte eine rege Debatte. Anschließend stellten die beiden Mitglieder im Komitee der Hohen Beamten des Ostseerates Juris Bone (Lettland) und Ida Heimann Larsen (Dänemark) die Ergebnisse des vergangenen lettischen Vorsitzes bzw. die Pläne des amtierenden dänischen Vorsitzes im Ostseerat vor. Inhaltlicher Schwerpunkt liegt dabei auf der Stärkung der Rolle des Ostseerates, was konkret durch eine Roadmap umgesetzt werden soll. Diese umfasst drei grundlegende Ziele und soll bis Juni 2020 durch die dänische Präsidentschaft implementiert werden: Erstens, mehr Flexibilität bei der Ausrichtung politischer Treffen; zweitens, die bessere Zusammenarbeit mit anderen regionalen Formaten sowie die Herausarbeitung von Alleinstellungsmerkmalen des Ostseerates und drittens, die Konzentration auf Projektarbeit.

„Die Zukunft des Arbeitslebens“ war thematischer Schwerpunkt der zweiten Sitzung. Dabei stellten Vertreter*innen unterschiedlicher nationaler Ministerien für Arbeit und Beschäftigung, Wohlfahrt und soziale Angelegenheiten ihre jeweilige nationale Sicht zu den bekannten Anforderungen an das Arbeitsleben in der Zukunft dar. Beispielsweise wurde die Vermeidung des „brain drain“, die Förderung grenzüberschreitender Kooperation und Mobilität, lebenslanges Lernen oder die Absicherung nationaler Sicherungssysteme thematisiert. Von deutscher Seite sei an dieser Stelle als Rednerin auf die Parlamentarische Staatssekretärin des BMAS, Anette Kramme, verwiesen.

Im Fokus des dritten Sitzungsabschnittes stand „Die Sicherung der Ozeane – Erreichung der UN Nachhaltigkeitsziele bis 2030“. Dazu referierte unter anderem die finnische Staatsministerin für Umwelt, Terhi Lehtonen, zu den Zielen der finnischen Präsidentschaft in der zwischenstaatlichen Kommission Helcom, welche sich für den Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum einsetzt. Von 2020 bis 2022 hat Deutschland nun das Amt des Helcom-Vorsitzes turnusmäßig inne. Weitere Aspekte in dieser Sitzung waren Green Shipping, die Etablierung eines Ozeanmanagements zum Schutz der Meere und Gewährleistung des Wohlstandes gleichermaßen sowie der dramatische Zustand der Verschmutzung der Ozeane und damit verbunden die Erreichung nachhaltiger Entwicklungsziele.

Im vierten Sitzungsteil wurden die Themen „Migration und Integration“ beleuchtet. Dieser wurde durch eine Präsentation der 2017 zu diesem wichtigen Themenkomplex gegründeten BSPC-Arbeitsgruppe geprägt. Vorgetragen wurden die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe durch die Vertreterinnen des Ostseeparlamentarischen Jugendforums, der 25-jährigen syrischen und 2015 nach Deutschland geflüchteten Rama Akid sowie der Lettin Sāra Zdanovska. Die besondere Förderung der Einbeziehung Jugendlicher in die Arbeit der BSPC und ins politische Geschehen allgemein stand daran anknüpfend auch im Zentrum der Generealdebatte dieses letzten Sitzungsabschnittes.

Im Anschluss verabschiedete das Plenum im Konsens die Resolution, welche zuvor im Redaktionsausschuss erarbeitet wurde.

Die Resolution, die nach der Jahrestagung traditionell an die Regierungen der Mitgliedstaaten übermittelt wird, betont unter anderem die Wichtigkeit der frühzeitigen Einbindung der nachfolgenden Generation in politische Entscheidungsprozesse. Ferner wird gefordert, dass Synergien zwischen den

Kooperationsformaten in der Ostseeregion genutzt werden und der Reformprozess des Ostseerates abgeschlossen wird. Zudem sind weitere Ansprüche, dass mithilfe geeigneter Maßnahmen die beschleunigte Digitalisierung des Schiffsverkehrs und der grünen Schifffahrt gefördert wird und dass die Integration von Flüchtlingen durch zahlreiche Akteure auf kommunaler Ebene unterstützt und gefördert wird.

Abschließend wurde der Abgeordnete Valerijus Simulik aus Litauen zum neuen BSPC-Vorsitzenden gewählt. Dieser stellte das Arbeitsprogramm der BSPC bis zum August 2020 vor, demzufolge sich die BSPC unter seinem Vorsitz im kommenden Jahr neben dem Thema „Migration und Integration“ und dem entsprechenden Abschlussbericht, der bei der 29. Jahrestagung präsentiert werden soll, mit den Themen „Innovationen durch Wissenschaft und Technologien“ und „Friedliche und verlässliche Nachbarschaft und intensive Zusammenarbeit“ befassen will.

Die 29. BSPC wird in diesem Jahr vom 23. bis 25. August in Vilnius (Litauen) stattfinden.

Der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft hält es für erforderlich, dass die Bürgerschaft (Landtag) als Mitglied der Ostseeparlamentarierkonferenz weiter ihren Beitrag zur Umsetzung der Empfehlungen der Resolution leistet. Daher wird empfohlen, dass die Ausschüsse und Deputationen die im Bericht und in der Resolution abgesprochenen Punkte aufgreifen.

Des Weiteren wird empfohlen, dass sich die Bürgerschaft (Landtag) weiterhin an der Ostseeparlamentarierkonferenz beteiligt.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Empfehlungen bei und nimmt von dem Bericht und den weiteren Anlagen Kenntnis.

Frank Imhoff Präsident

Entschließung der Konferenz

angenommen von der 28. Ostseeparlamentarierkonferenz am 27. August 2019 in Oslo

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion, die vom 25. bis 27. August 2019 in Oslo (Norwegen) zusammengekommen sind,

- unter Hervorhebung der Bedeutung des fortwährenden und nachhaltigen politischen Dialogs in der Ostseeregion, der durch den Ostseerat (CBSS) verfolgt wird; der Ostseerat fungiert als allgemeines regionales Forum, dessen Schwerpunkt auf dem Kooperations- und Koordinationsbedarf unter den Ostseeanrainerstaaten liegt;
- unter Hervorhebung der Notwendigkeit der friedlichen und engen Zusammenarbeit und des gutnachbarlichen Verhaltens auf der Grundlage von demokratischen Werten, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten sowie Chancengleichheit und nachdrücklicher Forderung nach einer regelmäßigen Fortführung der Außenminister-treffen des Ostseerates auch unter dänischem Vorsitz; darüber hinaus unter Forderung der Wiederaufnahme der Gipfeltreffen der Regierungschefs der Ostseeanrainerstaaten – soweit möglich – und einer engeren Zusammenarbeit auch auf Ebene anderer Ministerien;
- die Erfolge bei der Entwicklung der praktischen Zusammenarbeit in der Ostseeregion im Rahmen des Ostseerates, der Nördlichen Dimension, der grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Russland sowie des Programms Interreg Baltic Sea Region mit Dankbarkeit zur Kenntnis nehmend;
- unter Begrüßung der Bemühungen des lettischen Ostseeratsvorsitzes um die Verbesserung der Kohärenz der Zusammenarbeit in der Ostseeregion und in Würdigung der Fortschritte des Ostseerates – auf der Grundlage der Prioritäten von Integrität und sozialer Sicherheit, Dialog und Verantwortung;
- unter Hervorhebung des erfolgreichen Betriebs der Projektunterstützungsfazilität des Ostseerates als effizientes Mittel zur Unterstützung und Förderung der projektbasierten Zusammenarbeit in der Ostseeregion;
- in Billigung der detaillierten Erklärungen der Regierungen der Ostseeanrainerstaaten zur Entschließung der 27. Ostseeparlamentarierkonferenz und zur intensiven Unterstützung der Aufrufe zum Handeln;
- unter Erörterung der Kooperation, sauberen Weltmeere und der Zukunft des Arbeitslebens sowie der Migration und Integration;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. das Vertrauen zwischen allen Mitgliedstaaten des Ostseerates (CBSS) mithilfe weiterer konkreter Bemühungen und Maßnahmen zu stärken;
2. die frühzeitige Einbindung der nachfolgenden Generation zu intensivieren und die Sorgen der nachfolgenden Generation bei politischen Prozessen und Entscheidungsprozessen stärker zu beachten, und zwar mithilfe konkreter Maßnahmen seitens der Regierungen zur Stärkung der Grundlagen des Vertrauens und der Sicherheit in der Ostseeregion als Element der Außenpolitik;
3. die Zusammenarbeit im Rahmen der Nördlichen Dimension, der grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Russland sowie des Programms Interreg Baltic Sea Region fortzusetzen und sich aktiv in die Entwicklung aktualisierter Versionen dieser Programme für die Zukunft einzubringen;
4. den aktuellen Reformprozess des Ostseerates abzuschließen und den Schwerpunkt verstärkt auf Synergien zwischen den Kooperationsformaten in der Ostseeregion zu legen;
5. die Möglichkeiten zur Herstellung einer fruchtbaren professionellen Zusammenarbeit auf völkerrechtlicher Grundlage – wie sie z.B. im Bereich der Umweltpolitik seit Jahrzehnten mithilfe von Institutionen wie HELCOM erfolgreich besteht – auch in anderen politischen Bereichen auszuloten;
6. die Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus im Einklang mit den Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu verstärken und anzuerkennen, dass die effektive Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus und nicht zuletzt der Verbreitung von Desinformation als Schlüsselement ein wichtiger Pfeiler des Schutzes der Demokratie ist. Den Parlamenten kommt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle zu; dies gilt auch für die Kenntnis aller Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus auf internationaler Ebene;

im Hinblick auf die Zukunft des Arbeitslebens

7. schnellstmöglich einen Ideenaustausch auf Ministerebene umzusetzen, bei dem die aktuellen Überlegungen und strategischen Ansätze der Sozialpartner zur Bewältigung der erheblichen Herausforderungen im Hinblick auf alternde Bevölkerungen und folglich der Druck auf die Rentensysteme, die neuen Anforderungen des Arbeitsmarkts bezüglich Fertigkeiten und Qualifikationen sowie die Digitalisierung und weitere technologische Entwicklungen und die Notwendigkeit besserer Synergien zwischen Bildungssystemen sowie den Anforderungen der Arbeitsmärkte und zunehmende Arbeitsmobilität in Bezug

auf ihre Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum berücksichtigt werden, beispielsweise in Bezug auf Länder, die darunter leiden, dass hoch qualifizierte und kompetente Menschen wegen besserer Chancen im Ausland ihre Heimat verlassen ("Brain Drain"), den Zusammenhalt zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und die generations-übergreifende soziale Nachhaltigkeit;

8. den frühzeitigen Austausch aktueller Überlegungen und strategischer Ansätze zur Bewältigung dieser Herausforderungen in den einzelnen Ländern der Ostseeregion, die Erarbeitung gemeinsamer Schnittstellen, aber auch die Hervorhebung vorhandener Unterschiede bei den einzelnen Ansätzen als entscheidenden Beitrag zur gemeinsamen weiteren Entwicklung der gesamten Region zu nutzen;
9. langfristige Arbeitsmarktprognosen zu betrachten, darunter auch Szenarien für die Digitalisierung der Arbeitswelt, die Entwicklung mithilfe von Qualifikationen, Beschäftigung, Sektoren und Regionen und den Austausch kontinuierlicher und langfristiger Forschungsergebnisse bezüglich der Entwicklung der Beschäftigung und des Arbeitsmarkts in den Ländern der Ostseeregion. Auf dieser Grundlage eröffnen sich bessere Möglichkeiten für Maßnahmen zur Bewältigung der arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen, die sich durch den demographischen, technischen und qualifikationsspezifischen Strukturwandel stellen; diese Maßnahmen werden den Entwicklungen in der gesamten Ostseeregion Rechnung tragen;
10. die enormen Umbrüche in der Arbeitswelt, die sich voraussichtlich aus der fortschreitenden Digitalisierung ergeben, in zukunftsorientierter Weise und frühzeitig gemeinsam zu erörtern und Möglichkeiten auszuloten, mit denen diesen mithilfe von vergleichbaren Verfahren begegnet werden kann;
11. faire Rahmenbedingungen in Bezug auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in einer digitalen Wirtschaft zu vereinbaren und die grenzüberschreitende unternehmerische Aktivität weiter zu erleichtern;
12. die Gleichstellung von Männern und Frauen zu verbessern, eine stärkere Teilhabe von Frauen in der Arbeitswelt zu gewährleisten und zu diesem Zweck die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gleiche Beschäftigungschancen zu ermöglichen und dadurch die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zu reduzieren;
13. die Maßnahmen zur Unterstützung von Jugendlichen, die sich derzeit weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEET), bei der Rückkehr in Bildungsmaßnahmen oder auf den Arbeitsmarkt auf der Grundlage bewährter Methoden und der Ergebnisse der sektorübergreifenden transnationalen Zusammenarbeit zu verstärken;

im Hinblick auf Schutzmaßnahmen für die Weltmeere

zwecks Erreichung der Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung

14. das von 187 Staaten unterzeichnete geänderte Baseler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihre Entsorgung konsequent umzusetzen und dabei dessen Änderung und Entscheidungen über Plastikabfälle, die am 10. Mai 2019 beim Vierzehnten Treffen der Konferenz der Vertragsparteien des Baseler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihre Entsorgung als wichtige Beiträge zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch Plastikabfälle entsprechend den Entschlüssen der Ostseeparlamentarierkonferenz verabschiedet wurden, zu berücksichtigen;
15. die Weiterentwicklung eines rechtskräftigen und weltumspannenden Mechanismus für den Umgang mit Plastikabfällen in Richtung der konsequenten Bekämpfung der Verschmutzung der Meere durch Plastikabfälle entsprechend den Entschlüssen der Ostseeparlamentarierkonferenz zu unterstützen;
16. mithilfe geeigneter Maßnahmen die beschleunigte Digitalisierung des Schiffsverkehrs und der grünen Schifffahrt zu fördern, um die Ziele für 2030 schnellstmöglich zu erreichen;
17. die Plastikabfälle-Partnerschaft zu unterstützen, die beim Vierzehnten Treffen der Konferenz der Vertragsparteien des Baseler Übereinkommens zwecks Mobilisierung der Ressourcen, der Interessen und des Fachwissens von Unternehmen, Regierungen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ins Leben gerufen wurde, um die Umsetzung neuer Maßnahmen zur Reduzierung der Erzeugung dieser Abfälle, darunter Mikroplastik, zu fördern und praktische Unterstützung zu leisten, z.B. mithilfe von Instrumenten, bewährter Praxis sowie technischer und wirtschaftlicher Hilfe;
18. konzertierte Maßnahmen für eine geeignete Regulierung auf globaler Ebene zwecks Stärkung der e-Navigation zu organisieren und den Weg zur autonomen Schifffahrt zu ebnen;
19. die laufenden Veränderungen und Prozesse in ökologisch und biologisch bedeutsamen Gebieten und die maritime Raumplanung als ausreichendes und notwendiges Instrument zur Erreichung des Nachhaltigkeitsziels 14 (Schutz und Wiederherstellung von Ökosystemen) der VN-Ziele 2030 systematisch zu nutzen und alle fortwährenden Maßnahmen zur Erreichung der SDG-14-Ziele zu intensivieren;
20. gemeinsam weitreichende Maßnahmen und Vorschläge für die VN-Konferenz 2020 über die Weltmeere zu entwickeln und zu versuchen, diese gemeinsam auf VN-Ebene weiterzuentwickeln und verstärkt entschiedene Maßnahmen auf internationaler Ebene zu erreichen, um die politische Unterstützung für diese Maßnahmen im Bereich der Verbesserung des Zustands der Weltmeere und deren Erholung zu gewährleisten;

21. die maritime Grundlagenforschung und Innovationen bei der Bewahrung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere zu unterstützen;
22. dafür zu sorgen, dass die Bestimmungen des Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Übereinkommen, 1991) bei der Umsetzung von Projekten mit grenzüberschreitenden Auswirkungen in der Ostseeregion eingehalten werden;
23. dafür zu sorgen, dass bei Großprojekten, die die Küsten und Küstengebiete betreffen und größere Auswirkungen auf die Ökosysteme in der Ostseeregion haben, die Verpflichtungen eingehalten werden, die sich aus den einschlägigen internationalen Verträgen und Übereinkommen ergeben, darunter dem Espoo-Übereinkommen und dem Helsinki-Übereinkommen;
24. im Hinblick auf die Erfassung von Blindgängern und vergrabener/abgelagerter Munition in der Ostsee und in Bezug auf die aktuellen HELCOM-Aktivitäten zusammenzuarbeiten und eine grenzüberschreitende nachhaltige Strategie für den Umgang damit zu entwickeln, den Ostseerat aufzufordern, die Möglichkeit der Schaffung eines Finanzinstruments zur Überwachung, Eingrenzung/Sicherung, Bergung oder Zerstörung zu prüfen, da Blindgänger in der Ostsee eine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen können, insbesondere im Hinblick auf die von Touristen genutzten Schifffahrtsrouten und Küstengewässer; auf der Grundlage dieser Überwachungsergebnisse muss eine Expertenkommission jährlich die Risiken analysieren und evaluieren, die von der vergrabenen/abgelagerten Munition ausgehen, und entsprechende Handlungsempfehlungen abgeben;

im Hinblick auf Migration und Integration

25. die Möglichkeit einer ostseeweiten Vereinbarung über die künftige Steuerung der Migration zu prüfen;
26. die Umsetzung von „zentralen Anlaufstellen“ als Beispiele für bewährte Methoden, bei denen Migranten alle notwendigen Dienstleistungen aus einer Hand in Anspruch nehmen können, sowie die Möglichkeit persönlicher Integrationspläne zu erwägen;
27. Maßnahmen zur Förderung direkter und regelmäßiger Kontakte zwischen Neuankömmlingen und Einheimischen, kommunalen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gemeinschaften und einzelnen Menschen zu treffen;
28. Dialogplattformen als offene und regelmäßige Kommunikations- und Koordinationsinstrumente für die beteiligten Interessengruppen zu unterstützen, um den gesellschaftlichen Dialog zu erweitern;

29. im Rahmen der strategischen Integrationsansätze die Aufnahmebereitschaft der aufnehmenden Gesellschaften mithilfe verstärkter demokratischer Teilhabe bei der Integration zu verbessern und dabei den Schwerpunkt stärker auf die kommunale Ebene als Bereich des täglichen Zusammenlebens zu verlagern;
30. die Gestaltung der Integration von Flüchtlingen durch zahlreiche Akteure auf kommunaler Ebene zu unterstützen und zu fördern; dies beinhaltet die systematische Teilhabe und den Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft;
31. zu prüfen, in welchem Umfang der regelmäßige Austausch von Beispielen für bewährte Methoden in der gesamten Ostseeregion die Harmonisierung von Migrationsstrategien ermöglichen kann;

Ferner beschließt die Konferenz,

32. das freundliche Angebot des litauischen Parlaments dankbar zu begrüßen, die 29. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 22. bis 25. August 2020 in Vilnius auszurichten.